45. 1. Sind die von dem beamteten Tierarzte gemäß § 12 Abs. 2 und § 17 Abs. 2 des Viehschlaggesetzes getroffenen Anordnungen als von einer „zuständigen Behörde“ im Sinne des § 328 St.G.B.'s ergangene anzusehen?

2. Welche Wirkung haben die auf Grund dieser Gesetzesbestimmungen getroffenen „vorläufigen Anordnungen“ des beamteten Tierarztes?

St.G.B. § 328.

Gesetz, betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom
^{23. Juni 1880}
^{1. Mai 1894} §§ 12 Abs. 2. 17 Abs. 2. 66 Nr. 3.

IV. Straffenat. Urtr. v. 5. Januar 1909 g. R. IV 972/08.

I. Landgericht Schneidemühl.

Auf Revision des Staatsanwalts wurde das Urteil, welches das Vorliegen eines Vergehens im Sinne des § 328 St.G.B.'s verneint hat, aufgehoben aus folgenden

Gründen:

Nach den von der Strafkammer getroffenen Feststellungen hat der die Marktkontrolle ausübende beamtete Kreistierarzt F. bei zwei von der Angeklagten auf dem öffentlichen Viehmarkt in F. zum Verkaufe ausgetretenen Schweinen Seuchenverdacht festgestellt und der Angeklagten befohlen, die Schweine auf ihren Wagen zu laden und nach Hause zu fahren. Die Angeklagte hat diese Anordnung, die eine „Absonderung“ zum Gegenstand hatte, „vorfälschlich“ nicht befolgt, vielmehr die Schweine auf dem Markte verkauft. Die Strafkammer hat auf den festgestellten Sachverhalt lediglich die Strafbestimmung des § 66 Nr. 3 des Reichsviehseuchengesetzes für anwendbar erachtet. Sie hält den § 328 St.G.B.'s für unanwendbar, weil sie der Meinung ist, es handle sich nicht um eine von einer „zuständigen Behörde“ erlassene Absperrungs- oder Aufsichtsmaßregel, sondern lediglich um eine „vorläufige“ Anordnung, die allein der zur Anwendung gebrachten Bestimmung des Reichsviehseuchengesetzes unterliege.

Das ist rechtsirrtümlich.

Wie die Strafkammer festgestellt hat, lag angesichts des starken Marktverkehrs Verzugsfahr vor. Demgemäß war nach § 17 Abs. 2 ViehS.G. der beamtete Tierarzt befugt, schon vor polizeilichem Einschreiten die Absonderung seuchenverdächtiger Tiere anzuordnen. Die von dem Kreistierarzt F. getroffene Anordnung liegt daher im Rahmen der ihm durch diese Gesetzesbestimmung eingeräumten Befugnisse und ist als eine von einer „zuständigen Behörde“ ergangene

anzusehen. Denn wenn auch den beamteten Tierärzten im Reichsviehseuchengesetze im allgemeinen und der Regel nach nur die Stellung polizeilicher Hilfsorgane beigelegt ist, die als solche zu selbständigen Anordnungen nicht befugt sind, so ist ihnen doch für die in § 12 Abs. 2 und § 17 Abs. 2 behandelten Fälle die Zuständigkeit zum Erlasse der dort bezeichneten Anordnungen ungeachtet des Einschreitens der Polizeibehörde und unabhängig von solchem unter eigener Verantwortung eingeräumt und ihnen damit für diese Fälle eine eigene veterinärpolizeiliche Machtvollkommenheit, also eine beschränkte polizeiliche Zuständigkeit verliehen (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 12 S. 70 [72]. 437 [438. 439], Bd. 39 S. 122 [125. 126]). Kraft Gesetzes ist also der beamtete Tierarzt in einem Falle der vorliegenden Art diejenige behördliche Stelle, welche zur Anordnung einer Absonderungsmaßregel zuständig ist.

Das Gesetz behandelt die Anordnungen des beamteten Tierarztes in diesen Fällen zwar als vorläufige (§ 12 Abs. 2 und § 17 Abs. 2 vergl. mit § 66 Nr. 3), mithin als der Nachprüfung durch die zum endgültigen Erlasse der veterinärpolizeilichen Anordnungen berufenen Polizeibehörden unterworfen. Indessen solange die vorläufigen Anordnungen bestehen und weder abgeändert noch zurückgenommen sind, haben sie für die Betroffenen als nicht minder verbindlich zu gelten, wie jede andere von der zuständigen Behörde getroffene Anordnung. Sonst würde der Zweck der gerade praktisch besonders wichtigen Vorschriften, die Seuchengefahr bereits in der Entstehung zu bekämpfen, vereitelt werden (vgl. Entsch. in Straff. Bd. 39 S. 122 [123 Abs. 2]). Und § 328 St.G.B.'s, dem der gleiche gesetzgeberische Zweck zugrunde liegt, macht ebenfalls zwischen vorläufigen und endgültigen Anordnungen keinen Unterschied. Er ist anzuwenden, wenn der von der zuständigen Behörde erlassenen Anordnung wesentlich zuwidergehandelt wird, während § 66 BiehS.G., der die Anwendbarkeit des § 328 in keiner Richtung einschränkt, nur Platz greift, „sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist“, also sofern die Tat eben nicht unter § 328 fällt (Entsch. in Straff. Bd. 6 S. 159, Bd. 12 S. 19 (21. 22), Bd. 24 S. 424 [425]). Die Strafkammer stellt aber hier fest, daß die Angeklagte der Anordnung vorsätzlich zuwider gehandelt hat.

Das Urteil vom 12. Oktober 1893 (Entsch. in Straff. Bd. 24

§. 332), auf daß die Strafkammer sich für ihre Ansicht stützt, stellt von den vorerörterten abweichende Grundsätze nicht auf. Es behandelt einen vom vorliegenden in seiner tatsächlichen und rechtlichen Gestaltung völlig abweichenden Fall. In ihm ist auch ausdrücklich bemerkt, daß Ausnahmefälle der in den §§ 12. 17 ViehS.G. gedachten Art in der dort zur Entscheidung vorliegenden Sache nicht in Frage ständen. Damit ist deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die im Regelfalle bezüglich der Zuständigkeit des beamteten Tierarztes maßgebenden rechtlichen Gesichtspunkte für diese Ausnahmefälle nicht zutreffen. Mit Recht wird auch in der Revisionsbegründung der örtlichen Staatsanwaltschaft hervorgehoben, daß die Strafkammer von ihrem Standpunkte aus folgerichtigerweise selbst die Anwendbarkeit des § 66 Nr. 3 ViehS.G. hätte verneinen müssen, da auch dieser nur die von zuständiger Stelle erlassenen Anordnungen schützt. (Der Ober-Reichsanwalt hatte die Aufhebung des Urteils beantragt.)